

gebnis seit 1959 verbuchte. Auch die drei kleinen Parteien, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und die Linke mussten teilweise starke Stimmenverluste hinnehmen. Während die Linke den Sprung in den Landtag nicht schaffte, sind Bündnis 90/Die Grünen und FDP mit eigenen Fraktionen im Landtag vertreten. Erstmals in den Landtag eingezogen ist die AfD, die Stimmen von allen Parteien abgezogen hat.

- (3) Die Wahlbeteiligung ist zum dritten Mal in Folge gestiegen und liegt noch über der durchschnittlichen Wahlbeteiligung bei den letzten fünfzehn Landtagswahlen seit 2013 in allen Bundesländern.
- (4) Die SPD wurde stärkste Fraktion, gefolgt von der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der AfD.
- (5) Landespolitische Themen haben die Landtagswahl eindeutig dominiert. Trotz des engen zeitlichen Zusammenhangs trennten Wähler die Bundestagswahl vom 24. September von der Landtagswahl am 15. Oktober 2017. Ein unmittelbarer Zusammenhang mit Blick auf die Wahlergebnisse ist nicht nachweisbar.
- (6) Die neue Regierung besteht im Vergleich zur vorherigen mehrheitlich aus Politikern mit Regierungs- beziehungsweise langjähriger Parlamentserfahrung. Die landespolitisch wichtigsten Ministerien (Wirtschaft, Finanzen, Wissenschaft) sind mit CDU-Mitgliedern besetzt, während die SPD den Ministerpräsidenten und unter anderem den Innenminister stellt. Dies wird einen nachhaltigen Einfluss auf die Regierungspolitik der nächsten Jahre haben. Zudem wird sich das neu gebildete Querschnittsressort für Bundes- und Europaangelegenheiten und regionale Entwicklung im Kreise der etablierten Ministerien bewähren müssen.
- (7) Die Landtagswahl hat nicht nur zum Regierungswechsel in Niedersachsen geführt, sondern auch die innerparteiliche Diskussion in der SPD um eine Große Koalition auf Bundesebene erneut belebt. Als deutlicher Befürworter einer Großen Koalition trat in den öffentlichen Debatten neben *Martin Schulz* vor allem auch der Wahlsieger und amtierende Ministerpräsident von Niedersachsen *Stephan Weil* auf, dessen bundespolitisches Gewicht sichtbar zugenommen hat.

## Ein Umschwung in den letzten Wochen: Befunde einer mehrwelligen Wiederholungsbefragung zur niedersächsischen Landtagswahl 2017\*

*Harald Schoen, Alexander Wuttke, Agatha Kratz und Maria Preißinger*

Als der Niedersächsische Landtag am 21. August 2017 seine vorzeitige Auflösung beschloss und für den 15. Oktober 2017 die Neuwahl anberaumt wurde, schien es auf der Grundlage veröffentlichter Umfrageergebnisse ausgemachte Sache, dass die CDU im nächsten Landtag wieder die größte Fraktion stellen würde.<sup>1</sup> Diese Erwartung erfüllte sich nicht. Stattdessen

\* Reproduktionsmaterialien sind bei <http://dx.doi.org/10.7910/DVN/E2HFKN> zugänglich.

1 Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), LänderTREND. Niedersachsen August 2017 im Auftrag des NDR, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/niedersachsen/laender-trend/2017/august/> (Abruf am 18. Januar 2018).

gelang es der SPD, die CDU zu überflügeln und schließlich in einer von ihr geführten Großen Koalition den Ministerpräsidenten zu stellen.<sup>2</sup> Die Verschiebungen der parteipolitischen Kräfteverhältnisse in den Wochen vor der Wahl deuten darauf hin, dass der Wahlkampf das individuelle Wahlverhalten und den Wahlausgang beeinflusste. Allerdings ist es schwierig, aus Verschiebungen von Stärkeverhältnissen in einer bestimmten Periode auf deren Ursache zu schließen.<sup>3</sup> Im vorliegenden Fall gilt das erst recht, denn der Landtagswahlkampf fiel in die letzten Wochen des Bundestagswahlkampfes und in die drei Wochen nach der Bundestagswahl. Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass die so genannten Sondierungsgespräche auf Bundesebene über eine mögliche Koalitionsregierung aus CDU, CSU, FDP und Grünen erst nach der niedersächsischen Landtagswahl aufgenommen wurden, gab es während der letzten Wochen vor der Niedersachsen-Wahl politische Kommunikation von der Bundesebene, die die Urteilsbildung und das Wahlverhalten hätte beeinflussen können. Es gilt also, Einflüsse der Landes- und der Bundesebene zu separieren, um Fehlschlüsse zu vermeiden.

Das „Second-Order-Election-Modell“ geht davon aus, dass das Wahlverhalten bei zweit-rangigen Wahlen generell von Faktoren aus der nationalen Hauptarena beeinflusst wird, deren Einfluss im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit einer nationalen Wahl besonders deutlich ausgeprägt sei.<sup>4</sup> Diese Erwartung wird unter anderem damit begründet, dass in zeitlicher Nähe zu einer nationalen Wahl die politische Kommunikation, die von den Wahlberechtigten wahrgenommen werden kann, noch stärker als sonst von der nationalen Ebene dominiert werde. Folgt man diesem Modell, ist im niedersächsischen Fall zu erwarten, dass Landespolitik kaum ins Gewicht fiel. Da Niedersachsen unter den deutschen Bundesländern nicht als außergewöhnlich verschlossen gegenüber bundespolitischen Einflüssen auf Landtagswahlen charakterisiert wird<sup>5</sup>, erscheint es aus dieser Sicht umso anspruchsvoller, den Nachweis zu führen, dass die Landtagswahlkampagne das Wahlverhalten und den Wahlausgang beeinflussten.

Als einen ersten Hinweis darauf kann man die Tatsache werten, dass die niedersächsischen Parteien bei der Landtagswahl merklich anders abschnitten als bei der Bundestags-

- 2 Siehe zu Einzelheiten des Wahlkampfes, Wahlergebnisses, Wahlverhaltens sowie zur Regierungs- und Oppositionsbildung die Analyse der niedersächsischen Landtagswahl von *Holger Meyer* und *Ferdinand Müller-Rommel* in diesem Heft der ZParl.
- 3 Vgl. *Harald Schoen*, Wahlkampfforschung, in: *Jürgen W. Falter / Harald Schoen* (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 503 – 542, S. 525.
- 4 Vgl. etwa *Karlheinz Reif / Hermann Schmitt*, Nine Second-Order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: *European Journal of Political Research*, 32. Jg. (1980), H. 1, S. 3 – 44; *Mark N. Franklin / Till Weber*, American Electoral Practices in Comparative Perspective, in: *Jan E. Leighley* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of American Elections and Electoral Behavior*, Oxford 2010, S. 667 – 684; siehe aber etwa *Heiko Giebeler*, Not Second-Order, but Still Second-Rate? Patterns of Electoral Behavior in German State Elections, in: *Harald Schoen / Sigrid Roßteutscher / Rüdiger Schmitt-Beck / Bernhard Wefels / Christof Wolf* (Hrsg.), *Voters and Voting in Context. Multiple Contexts and the Heterogeneous German Electorate*, Oxford 2017, S. 167 – 189.
- 5 Vgl. *Evelyn Bytzek / Susumu Shikano*, Landtagswahlen in Niedersachsen 1970 bis 2003: Landespolitik als wichtiger Einflussfaktor, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 3, S. 513 – 521; *Kerstin Völkl / Kai-Uwe Schnapp / Everhard Holtmann / Oscar W. Gabriel*, Zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen: theoretischer Rahmen und Analysemodelle, in: *dies.* (Hrsg.), *Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 2008, S. 9 – 36, S. 25 f.

wahl. Bei dieser Wahl erhielt die CDU in Niedersachsen einen Zweitstimmenanteil von 26,7 Prozent der Wahlberechtigten, bei der Landtagswahl hingegen von 21,2 Prozent. Auch die Grünen, die FDP, die AfD und die Linke verzeichneten im Lande geringere Stimmenanteile als bei der Bundestagswahl drei Wochen zuvor. Der SPD gelang es jedoch trotz der niedrigeren Wahlbeteiligung am 15. Oktober, 23,3 Prozent der Wahlberechtigten für sich zu gewinnen, anstelle von 20,9 Prozent im Bund. Diese Unterschiede sind an sich bemerkenswert, bieten aber keinen eindeutigen Aufschluss über die zugrunde liegenden Prozesse. So könnten die Verschiebungen darauf beruhen, dass zwar bundespolitische Faktoren die Landtagswahlentscheidung dominierten, sich aber die bundespolitische Stimmung nach der Bundestagswahl deutlich änderte. Selbst wenn landespolitische Faktoren dominierten, kann eine solche Momentaufnahme nicht ausschließen, dass bereits vor der Auflösung des Landtages die parteipolitischen Vorlieben auf Bundes- und Landesebene auseinanderfielen.

Um die Bedeutung der Wahlkampagne für das Wahlverhalten am 15. Oktober 2017 auszuloten, ist daher eine tiefere Analyse erforderlich.

### 1. Datengrundlage und Vorgehensweise

Um die Frage zu beantworten, welche Rolle landespolitische Elemente für die Urteilsbildung und das Wahlverhalten bei der Landtagswahl in Niedersachsen spielten, werden Daten aus einer Wiederholungsbefragung verwendet, die im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES) im Onlinemodus durchgeführt wurde.<sup>6</sup> Die Wahlberechtigten, die erstmals im Herbst 2016 befragt worden waren, wurden mit einem Quotenverfahren aus dem Online-Access-Panel der Respondi AG gezogen.<sup>7</sup> Es wurde versucht, sie sechs weitere Male vor der Bundestagswahl am 24. September, einmal nach dieser und ein weiteres Mal unmittelbar nach der niedersächsischen Landtagswahl zu befragen. Auf die niedersächsische Landtagswahl zugeschnittene Fragen, etwa zur Wahlabsicht, enthielt der Fragebogen in den fünf Befragungswellen, die ab Mitte August 2017 durchgeführt wurden, also als bekannt war, dass im Oktober eine vorgezogene Landtagswahl stattfinden würde.<sup>8</sup> An diesen Befragungswellen nahmen 1.346 Personen aus Niedersachsen teil.<sup>9</sup> Es handelt sich dabei offenkundig nicht um eine Zufallsstichprobe aus den Wahlberechtigten, da neben der Ziehung aus einer vorselektierten Ansammlung befragungsbereiter Personen Prozesse der Panelmortalität und der Panelkonditionierung zu bedenken sind. Diese Eigenschaften gebieten Zurückhaltung bei der Verallgemeinerung von Befunden. Diese Wiederholungsbefragung eröffnet jedoch die Möglichkeit, bei Wahlberechtigten Entscheidungsprozesse von der Ausrufung der Neuwahl bis zum Wahltag zu beobachten.

6 Siehe *Sigrid Rofsteutscher | Rüdiger Schmitt-Beck | Harald Schoen | Bernhard Weßels | Christof Wolf | Maria Preißinger | Agatha Kratz | Alexander Wuttke*, 2018: Wahlkampf-Panel 2017 (GLES), GESIS Datenarchiv, Köln, ZA6804 Datenfile Version 4.0.0, doi: 10.4232/1.1297.

7 Der Quotierung wurde die gemeinsame Verteilung von Alter, Geschlecht und formaler Bildung zugrunde gelegt.

8 Die exakten Feldzeiten sind: Welle 5: 17. bis 28. August 2017; Welle 6: 4. bis 13. September 2017; Welle 7: 18. bis 23. September 2017; Welle 8: 27. September bis 9. Oktober 2017; Nachwahlwelle zur Landtagswahl: 16. bis 24. Oktober 2017.

9 Darunter sind 315 Befragte, die im Zuge einer Nachrekrutierung vor der fünften Erhebungswelle (Juli / August 2017) hinzugewonnen wurden.

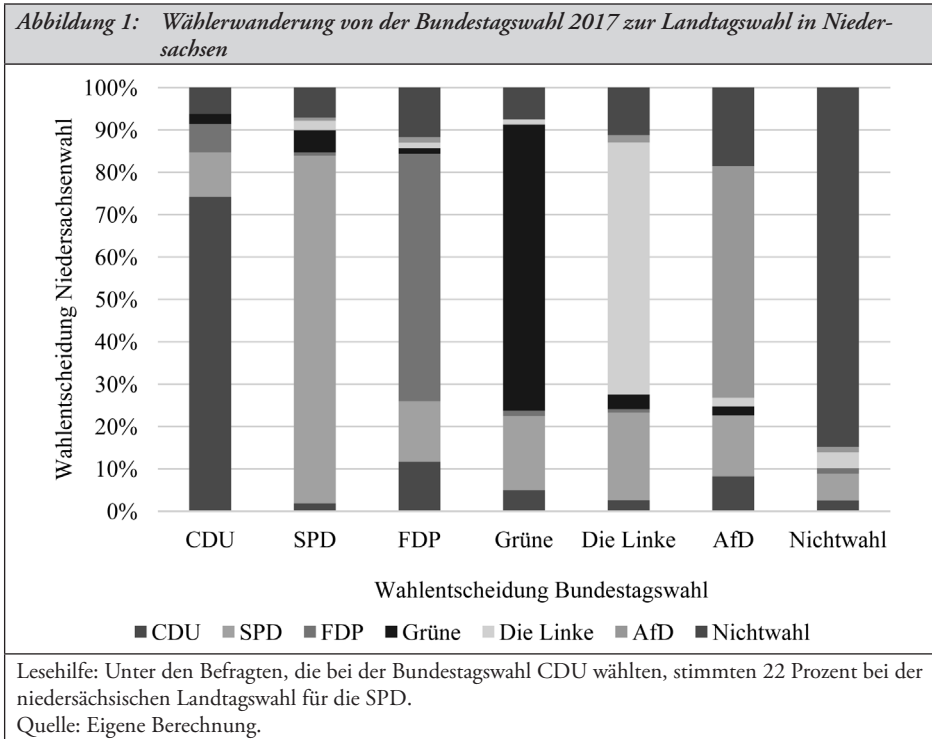
Um die Rolle des Landtagswahlkampfes bei der Wahlentscheidung zu untersuchen, wurden verschiedene Strategien eingesetzt, die in der Zusammenschau aussagekräftige Schlussfolgerungen gestatten sollten. Um die Motive der Wahlentscheidung zu ermitteln, wurde zum einen die offene Frage nach dem wichtigsten Grund für diese Wahlentscheidung gestellt. Zum anderen wurde untersucht, inwieweit Bewertungen der Spitzenkandidaten und führender Parteipolitiker auf Bundesebene die Wahlentscheidung auf Landesebene statistisch zu erklären vermögen. Diese Vorgehensweisen erlauben es, subjektive Begründungen und objektive Zusammenhänge festzustellen. Allerdings gestattet das Querschnittsdesign keine belastbaren Schlüsse darüber, ob landespolitische Motive bereits vor Beginn des Wahlkampfes mit dem Wahlverhalten zusammenhängen oder diese Zusammenhänge erst während des Wahlkampfes entstanden. Auch ist es nur bedingt in der Lage, Ursache-Wirkungszusammenhänge zu prüfen.<sup>10</sup> Daher wird zusätzlich die Entwicklung politischer Einstellungen und Wahlverhaltensabsichten im Zeitverlauf analysiert. Ziel ist es, herauszufinden, ob sich landespolitische Einstellungen unabhängig von bundesbezogenen herausbildeten und ob landes- oder bundespolitische Einstellungen so in Einklang mit den Landtagswahlabsichten verliefen, dass eine kausale Interpretation plausibel erscheint. Zusammengenommen sollte diese Vorgehensweise zuverlässigere Aussagen über die Rolle des Landtagswahlkampfes gestatten, als dies konventionelle Querschnittsanalysen ermöglichen.

## 2. Wahlentscheidung und Wahlmotive

Die unterschiedlichen Stimmenanteile der Parteien in der Bundestags- und Landtagswahl deuten bereits darauf hin, dass einige Wähler in der Niedersachsen-Wahl anders abgestimmt haben als in der Bundestagswahl drei Wochen zuvor. Dies könnte seine Ursache darin haben, dass bei beiden Wahlen unterschiedliche Motive eine Rolle spielten, und auf mögliche Einflüsse der Landtagswahlkampagne hinweisen. Daher soll zunächst die Wählerwanderung von der Bundestagswahl zur Landtagswahl in Niedersachsen näher betrachtet werden. In Abbildung 1 steht jeder Balken für die Wählergruppe einer Partei auf Bundesebene. Die Balkensegmente zeigen, für welche Parteien diese Wähler in der Landtagswahl ihre Stimme abgaben.

Die Wählerschaft der einzelnen Parteien in der Landtagswahl setzt sich zu großen Teilen aus denselben Wählern zusammen, die schon in der Bundestagswahl für diese gestimmt haben. Den höchsten Anteil an treuen Anhängern von der Bundestags- bis zur Landtagswahl weisen die beiden großen Parteien auf (CDU 74 Prozent, SPD 81 Prozent). Die Grünen konnten rund 66 Prozent treue Wähler verbuchen, während die FDP, die Linke und die AfD merklich niedrigere Anteile der Wähler auch bei der Landtagswahl wieder für sich gewinnen konnten. Alle Parteien verloren einige Stimmen, da Wähler an der Landtagswahl – anders als an der Bundestagswahl – nicht teilnahmen. Daneben traten Wählerwanderungen zwischen den Parteien auf. Davon profitierte nicht zuletzt die SPD, die jeweils rund ein Fünftel der vormaligen Wähler von den Grünen und der Linkspartei abziehen konnte, aber auch von den anderen Parteien bedeutende Zugewinne verbuchte. Insgesamt haben knapp 69 Prozent der niedersächsischen Befragten (75 Prozent, wenn Nichtwähler nicht berücksichtigt werden) in beiden Wahlen für dieselbe Partei gestimmt.

<sup>10</sup> Vgl. zum Beispiel *Josef Brüderl*, Kausalanalyse mit Paneldaten, in: *Christof Wolf / Henning Best* (Hrsg.), *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Wiesbaden 2010, S. 963 – 994.



Unterschiedliches Wahlverhalten auf beiden Ebenen ist noch kein hinreichender Beleg für den Einfluss des Landtagswahlkampfes, da diese Veränderungen im Wahlverhalten auch bundespolitische Entwicklungen seit der Bundestagswahl reflektieren könnten. Gleichzeitig schließt auch übereinstimmendes Wahlverhalten auf beiden Ebenen nicht aus, dass sich Wähler von unterschiedlichen, nämlich ebenenspezifischen Entscheidungskriterien leiten ließen. Um die Wahlmotive genauer zu untersuchen, bedienen wir uns der Antworten auf die Frage nach dem wichtigsten Grund für die Entscheidung zugunsten der bei der Bundestagswahl beziehungsweise der Landtagswahl präferierten Partei. Mithilfe des GLES-Verschlüsselungsschemas wurden Codes für die Gründe vergeben und unterschieden, ob diese einen Bezug zur Landesebene aufweisen. Dabei konnten für die Begründung eines Befragten maximal drei Codes vergeben werden.

In Tabelle 1 ist der Anteil der Befragten abgetragen, die für die Entscheidung bei der Landtagswahl landesbezogene Gründe beziehungsweise auf beiden Ebenen denselben Wahlgrund genannt haben. Ein Viertel der niedersächsischen Befragten gab landesbezogene Gründe an, und von diesen Wählern stimmte gut jeder zweite bei der Landtagswahl für dieselbe Partei wie bei der Bundestagswahl. Dagegen wählte von den Befragten, die keine landesbezogene Begründung nannten, 81,4 Prozent dieselbe Partei auf beiden Ebenen. Demnach scheinen landesbezogene Gründe für drei Viertel aller Wähler bei der Landtagswahlentscheidung, zumindest in der subjektiven Wahrnehmung, nicht ausschlaggebend gewesen zu sein. Für die übrigen Wähler scheinen Faktoren mit Niedersachsen-Bezug dagegen so wichtig gewesen zu sein, dass sich fast jeder Zweite für eine andere Partei entschied als in der Bundestagswahl. Von den Befragten, die denselben Grund für die Wahlentscheidung

Tabelle 1: Landes- und bundespolitische Gründe für die Wahlentscheidung bei der niedersächsischen Landtagswahl 2017

		N	%	davon Anteil mit gleicher Wahlentscheidung bei der LTW und BTW
Landesbezogene Begründung bei der LTW	Ja	198	25,4	56,6
	Nein	581	74,6	81,4
	Gesamt	779	100,0	
Gleicher Wahlgrund für die Parteienwahl LTW und BTW	Ja	168	22,1	87,5
	Nein	591	77,9	71,7
	Gesamt	759	100,0	

Anmerkung: Mehrfachnennungen waren möglich, da die offenen Antworten mit bis zu drei Codes erfasst wurden. Personen, die denselben Wahlgrund genannt haben, konnten auch noch landesbezogene Gründe angeben haben. LTW = Landtagswahl, BTW = Bundestagswahl.  
Die Informationen über die Wahlgründe bei der Landtagswahl entstammen der Befragung, die nach der Landtagswahl durchgeführt wurde, und jene über Wahlgründe bei der Bundestagswahl wurden in der Befragung nach der Bundestagswahl erhoben.  
Quelle: Eigene Berechnung.

derung auf der Bundes- und Landesebene angaben, wählten fast alle auch dieselbe Partei auf beiden Ebenen (87,5 Prozent). Zumindest für diese Befragten scheint der Einfluss der bundespolitischen Faktoren so stark zu sein, dass landespolitische Faktoren wie Regierungsbewertungen oder Kandidatenorientierungen nicht den Ausschlag geben konnten.

Ein detaillierterer Blick auf die genannten landesbezogenen Motive kann Aufschluss darüber geben, welche Art der Begründungen besonders häufig genannt wurden und ob diese Motive vom Landtagswahlkampf beeinflusst sein könnten. Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, nannte etwa die Hälfte der Wähler mit einer landesspezifischen Begründung die Sympathie mit einem Spitzenkandidaten oder die (Un-)Zufriedenheit mit Landesparteien beziehungsweise der Landesregierung als ihr wichtigstes Motiv. Bei den Nennungen mit Bezug zu Landespolitikern ragt der Ministerpräsident aus. Von den 53 Personen, die sich auf einen Landespolitiker bezogen, erwähnten allein 32 den SPD-Spitzenkandidaten *Stephan Weil*; der CDU-Kandidat *Bernd Althusmann* wurde dagegen nur dreimal genannt. Das deutet darauf hin, dass der amtierende Ministerpräsident *Weil* in dieser Landtagswahl im Vergleich zu anderen Landespolitikern in der subjektiven Wahrnehmung deutlich wichtiger war. Einige Befragte nannten auch das Vertrauen zu einer Landespartei oder Gewohnheit als ihr wichtigstes Entscheidungskriterium. Demnach gibt es auch auf der Landesebene Wähler, die eine Verbundenheit zur Landespartei oder ein habituelles Wahlverhalten entwickelt haben. Etwa ebenso viele Befragte nannten strategische Gründe wie das Ermöglichen oder Verhindern einer bestimmten Koalition als ihr wichtigstes Motiv. Auch wenn im Wahlkampf von den Parteien Sachfragen wie Bildung, Innere Sicherheit oder Energie- und Landwirtschaftspolitik thematisiert wurden<sup>11</sup>, spielten diese in der subjektiven Wahrnehmung der niedersächsischen Wähler nur eine untergeordnete Rolle für die Entscheidungsfindung. Insgesamt waren also in der subjektiven Wahrnehmung landesspezifische Gründe nur für eine Minderheit der Befragten für ihre Landtagswahlentscheidung wichtig. Soweit

11 Siehe die Analyse der niedersächsischen Landtagswahl von *Holger Meyer* und *Ferdinand Müller-Rommel* in diesem Heft der ZParl.

Tabelle 2: Häufigste Art des Wahlgrunds für die Wahlentscheidung bei der niedersächsischen Landtagswahl 2017		
Landesbezogene Begründung	N	%
Landespolitiker	53	26,8
Leistungen Landesregierung / Landesparteien	45	22,7
Parteibindung / Vertrauen / Gewohnheit	35	17,7
Strategisches Wählen	32	16,2
Protestwahl / Wechsel herbeiführen	20	10,1
Landesbezogene Sachfragen	9	4,6
Abgleich eigener Position mit Partei	8	4,0
Gesamt	198	100,0
Anmerkung: Mehrfachnennungen waren möglich, da die offenen Antworten mit bis zu drei Codes erfasst wurden. Personen, die denselben Wahlgrund genannt haben, konnten auch noch landesbezogene Gründe angeben haben. Quelle: Eigene Berechnung.		

sie solche anführten, erachteten sie vor allem Landespolitiker und die Leistungen der Landesparteien als ausschlaggebend.

Selbstauskünfte über die Gründe menschlichen Verhaltens sind oft fehlerbehaftet.<sup>12</sup> Daher erlaubt dieser erste Überblick keine verlässlichen Schlüsse über die Faktoren der Wahlentscheidung in Niedersachsen. Unabhängig von der subjektiven Wahlbegründung können auch für Wähler mit landesbezogenen Gründen bundespolitische Faktoren wichtig gewesen sein oder umgekehrt. Im Folgenden wird diese Frage daher mittels logistischer Regressionsanalysen erörtert, also statistisch untersucht, ob gewisse bundes- oder landesspezifische Einstellungen in verschiedenen Wählergruppen bei der niedersächsischen Landtagswahl besonders häufig auftraten. Zu diesem Zweck wird in der Querschnittsregression für die endgültige Entscheidung bei der Landtagswahl der Zusammenhang mit der Bewertung von Landes- und Bundespolitikern – unter Kontrolle anderer Faktoren – betrachtet. Mit diesem Vorgehen soll der relative Einfluss der ebenenspezifischen Faktoren bestimmt werden. Die Spitzenkandidaten der Parteien spielen in Wahlkämpfen eine prominente Rolle und sollen hier stellvertretend für andere ebenenspezifische Faktoren verstanden werden. Damit jedoch die Bewertung von Politikern Einfluss auf die Wahlentscheidung haben kann, müssen die Wähler diese auch kennen. Auf Landesebene war die Bekanntheit der Spitzenpolitiker der größeren Landesparteien allerdings noch Mitte September, also in der Befragung unmittelbar vor der Bundestagswahl, vergleichsweise gering. Selbst die Spitzenkandidaten mit der besten Aussicht auf das Amt des Ministerpräsidenten (*Weil* und *Althusmann*) waren jedem fünften Befragten unbekannt. Über die Spitzenkandidaten der kleineren Parteien erlaubte sich sogar nur die Hälfte der Befragten ein Urteil. In der letzten Befragung vor der Landtagswahl stieg die Bekanntheit der Landespolitiker leicht, in der Nachwahlbefragung jedoch deutlich. Dennoch blieb die große Differenz zwischen der Bekanntheit der Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten (*Bernd Althusmann*: 90 Prozent, *Stephan Weil*: 92 Prozent) und dem Spitzenpersonal der kleineren Parteien bestehen (*Stephan Birkner*,

12 Vgl. etwa *Richard E. Nisbett / Timothy D. Wilson*, Telling More Than We Can Know. Verbal Reports on Mental Processes, in: *Psychological Review*, 84. Jg. (1977), H. 3, S. 231 – 259.

FDP: 72 Prozent, *Anja Piel*, Grüne: 68, *Anja Stoeck*, Die Linke: 63, *Dana Guth*, AfD: 62 Prozent). Da in Regressionen nur Befragte berücksichtigt werden können, für die zu allen betrachteten Merkmalen gültige Angaben vorliegen, hat die relative Unbekanntheit der Landtagskandidaten Konsequenzen für die Untersuchung. Die folgenden Querschnittsregressionen sind auf jene Befragte beschränkt, die alle Kandidaten kannten und bewerten konnten. Insofern ist die Aussagekraft dieser Analyse auf politisch besser informierte Befragte beschränkt und suggeriert einen stärkeren Effekt der Politikerbeurteilung auf das Wahlverhalten, als in der gesamten Stichprobe tatsächlich vorlag.

Tabelle 3 stellt den Zusammenhang landes- und bundespolitischer Faktoren mit der Wahlentscheidung in Niedersachsen dar. Nichtwähler sind nicht berücksichtigt. Alle unabhängigen Variablen wurden in der Nachwahlbefragung erhoben und sind von 0 (Minimum) bis 1 (Maximum) kodiert. Abgetragen sind jeweils die durchschnittlichen marginalen Effekte der Koeffizienten der jeweiligen logistischen Regressionen. Diese sind zu interpretieren als Anstieg der Wahrscheinlichkeit der Wahl einer Partei, wenn eine unabhängige Variable von ihrem Minimum auf das Maximum erhöht wird, während alle anderen unabhängigen Variablen konstant gehalten werden. In den letzten Zeilen der Tabelle ist dargestellt, wie sich die Varianzaufklärung des jeweiligen Modells unter Einbeziehung der unterschiedlichen Gruppen von unabhängigen Variablen verändert. Auf dieser Grundlage kann beurteilt werden, inwiefern die Kandidatenorientierung auf der Landes- beziehungsweise Bundesebene die Erklärungskraft des Modells verbessern konnte.<sup>13</sup>

Für den statistischen Einfluss der ebenenbezogenen Kandidatenorientierung auf die CDU-Wahlentscheidung ist Folgendes festzustellen: Unter Kontrolle der Parteiidentifikation zeigt sich das höhere Gewicht der Bewertung der Landespolitiker im Vergleich zu Kandidatenbeurteilungen auf Bundesebene. Sowohl eine positive Bewertung von *Althusmann* als auch eine negative Bewertung von *Weil* machten eine Entscheidung für die CDU bei der Landtagswahl wahrscheinlicher. Wie ein Befragter die CDU-Bundesvorsitzende und Bundeskanzlerin *Angela Merkel* beurteilte, hing dagegen nicht mit der Entscheidung zusammen, der CDU auf Landesebene die Stimme zu geben. Auch die Varianzaufklärung weist darauf hin, dass die landesspezifischen Kandidatenorientierungen insgesamt mehr zur Erklärung der CDU-Wahl beitragen können als die Beurteilung des bundespolitischen Personals. Für die Wahl der SPD finden sich sowohl für die Bundes- als auch die Landespolitiker relevante Zusammenhänge. Die Bewertung von *Weil* hängt im Modell deutlich stärker mit der SPD-Wahl zusammen als die Haltung zu *Martin Schulz*. Für die Wahlentscheidung zugunsten der Grünen waren bundes- und landesspezifische Faktoren gleichermaßen bedeutend. Für die Wahl der FDP, der Linken und der AfD findet sich dagegen kein substantieller Einfluss der Spitzenkandidaten auf Landesebene. Diese Wahlentscheidungen hängen offenbar stärker von der Parteiidentifikation und von Kandidatenorientierungen auf der Bundesebene ab.

13 Vgl. *Wolfgang Jagodzinski / Steffen M. Kühnel*, Zur Schätzung der relativen Effekte von Issueorientierungen, Kandidatenpräferenz und langfristiger Parteibindung auf die Wahlabsicht, in: *Karl Schmitt* (Hrsg.), *Wahlen, Partieliten, politische Einstellungen*, Frankfurt am Main 1990, S. 5 – 63; *Harald Schoen*, Mir san mir an der weiß-blauen Wahlurne? Eine Analyse des Einflusses der Bundespolitik auf das Wahlverhalten bei bayerischen Landtagswahlen 1966 bis 2003, in: *Kerstin Völkl / Kai-Uwe Schnapp / Everhard Holtmann / Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 5), S. 63 – 92, S. 82 f.

**Tabelle 3: Einfluss landes- und bundespolitischer Faktoren auf die Wahlentscheidung in der niedersächsischen Landtagswahl 2017 (logistische Regressionen)**

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
Stärke der Identifikation mit jeweiliger Partei	.26*	.37*	.23*	.17*	.23*	.10*
<i>Angela Merkel</i>	(.03)	(.04)	(.04)	(.03)	(.03)	(.02)
<i>Martin Schulz</i>	.07	-.12	.06	.03	-.03	-.03
	(.04)	(.07)	(.04)	(.04)	(.04)	(.03)
<i>Christian Lindner</i>	-.07	.23*	-.02	-.04	-.05	-.01
	(.05)	(.07)	(.05)	(.03)	(.04)	(.03)
<i>Katrin Göring-Eckardt</i>	-.04	.04	.08	-.12*	.01	-.03
	(.07)	(.08)	(.04)	(.05)	(.05)	(.03)
<i>Sabira Wagenknecht</i>	.10	-.06	-.06	.12*	-.00	-.10*
	(.07)	(.09)	(.04)	(.05)	(.05)	(.04)
<i>Alexander Gauland</i>	-.04	-.07	-.04	-.06	.13**	-.02
	(.06)	(.06)	(.03)	(.03)	(.04)	(.03)
<i>Alexander Gauland</i>	-.04	.02	-.13*	-.02	-.12*	.15*
	(.05)	(.07)	(.05)	(.04)	(.05)	(.04)
<i>Bernd Althusmann</i>	.34*	-.09	-.06	-.07	-.05	-.08
	(.08)	(.09)	(.05)	(.05)	(.05)	(.05)
<i>Stephan Weil</i>	-.20*	.41*	-.06	-.00	-.03	-.02
	(.07)	(.08)	(.05)	(.04)	(.05)	(.04)
<i>Stefan Birkner</i>	.04	.04	.04	.02	.02	.09
	(.09)	(.11)	(.06)	(.06)	(.06)	(.05)
<i>Anja Piel</i>	-.05	-.25*	-.03	.18*	.00	.01
	(.09)	(.11)	(.06)	(.05)	(.05)	(.05)
<i>Anja Stoeck</i>	.05	.19	-.02	-.05	.06	-.04
	(.07)	(.10)	(.07)	(.04)	(.05)	(.08)
<i>Dana Guth</i>	-.01	-.11	.15*	.07	-.01	.06
	(.06)	(.07)	(.05)	(.03)	(.04)	(.08)
Korr. Pseudo R <sup>2</sup>	.56	.40	.31	.39	.36	.51
Korr. Pseudo R <sup>2</sup> PID + Kontrollvariablen	.48	.32	.27	.31	.34	.39
Korr. Pseudo R <sup>2</sup> B-Kandidaten + Kontrollvariablen	.36	.24	.15	.23	.25	.48
Korr. Pseudo R <sup>2</sup> L-Kandidaten + Kontrollvariablen	.37	.25	.06	.19	.06	.27
Korr. Pseudo R <sup>2</sup> PID + B-Kandidaten + Kontrollvariablen	.50	.37	.32	.38	.39	.53
Korr. Pseudo R <sup>2</sup> PID + L-Kandidaten + Kontrollvariablen	.57	.39	.27	.38	.35	.43
Fallzahl	531	531	531	531	531	531

Anmerkung: Dargestellt sind die durchschnittlichen marginalen Effekte mit robustem Standardfehler in Klammern. \*\*: Statistisch signifikant auf dem 99%-Niveau; \*: Statistisch signifikant auf dem 95%-Niveau; Kontrollvariablen: Geschlecht, Alter und Bildung. Für Befragte, die in der Nachwahlwelle keine Angabe zur Stärke der Parteiidentifikation gemacht hatten, wurden die Angaben zur Parteiidentifikation aus der letzten Welle vor der Landtagswahl verwendet.

Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit, sich bei der Landtagswahl für die CDU zu entscheiden, steigt um 34 Prozentpunkte, wenn sich die Bewertung *Althusmanns* von sehr negativ zu sehr positiv verändert.

Quelle: Wahlkampfpanel 2017, Nachwahlbefragung Landtagswahl.

Es gibt demnach in Bezug auf landes- und bundespolitische Determinanten nicht zu vernachlässigende Unterschiede zwischen den Parteien. Während die Wahlentscheidung zugunsten der CDU, der SPD und der Grünen offenbar mindestens ebenso stark oder stärker mit landes- als mit bundesbezogenen Kandidatenorientierungen zusammenhängt, spielen diese für die Wahl von FDP, Linkspartei und AfD nur eine untergeordnete Rolle – und zwar selbst bei Befragten, die diese Landespolitiker kannten. Die vergleichsweise große Bedeutung der Bewertung von *Althusmann* und *Weil* lässt sich möglicherweise in Teilen auf die höhere mediale Aufmerksamkeit der beiden Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten im Landtagswahlkampf zurückführen.

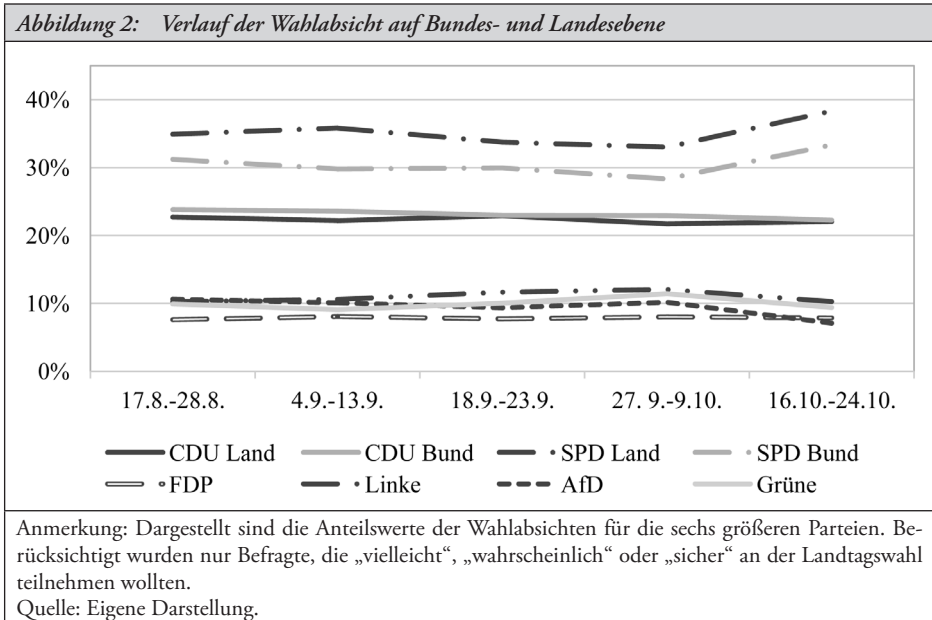
Die Befunde deuten darauf hin, dass landespolitische Faktoren das Verhalten bei der niedersächsischen Landtagswahl 2017, insbesondere im Falle von CDU und SPD beeinflussten. Angesichts der methodischen Probleme, die selbstberichtete Handlungsmotive und Querschnittsregressionen mit sich bringen, wäre es jedoch voreilig, auf dieser Grundlage zu folgern, der Landtagswahlkampf habe das Wahlverhalten wesentlich beeinflusst. Um nur ein Problem zu nennen: In Querschnittsregressionen gemessene Zusammenhänge können zu unterschiedlichen Zeiten zustande gekommen sein. Wenn wir also feststellen, dass eine vorteilhafte Bewertung von *Stephan Weil* mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einhergeht, für die SPD zu stimmen, so kann dieser Zusammenhang während des Wahlkampfes entstanden sein, aber auch bereits vorher bestanden haben.<sup>14</sup> Um die Rolle des Landtagswahlkampfes für das Wahlverhalten zu erfassen, ist es daher wichtig, auch die Entwicklung von Einstellungen und Wahlabsichten im Zeitverlauf zu untersuchen.

### 3. Entscheidungsprozesse vor der Landtagswahl

In der Analyse der Entscheidungsprozesse vor der Landtagswahl geht es im ersten Schritt um die Verteilung der Parteiwahlabsichten auf Landes- und Bundesebene in den fünf Befragungswellen von August bis Oktober 2017. Abbildung 2 zeigt ein erhebliches Maß an Stabilität. Die Anteilswerte der Grünen, der FDP, der CDU sowie der Linkspartei schwankten in der Sonntagsfrage zur Landtagswahl unter den Befragten nur marginal. Deutliche Veränderungen zeigen sich lediglich in den Wahlabsichten zugunsten von AfD und SPD. Während die AfD zwischen September und Oktober an Zustimmung einbüßte, legte die SPD um rund fünf Prozentpunkte zu.<sup>15</sup> Dass die Volatilität landesspezifischer Wahlabsichten in beiden Fällen erst nach Ende des Bundestagswahlkampfes einsetzte, steht im Einklang mit der Vermutung, dass gerade in den letzten Wochen vor der Wahl und damit nach der Bundestagswahl landespolitische Faktoren das Wahlverhalten maßgeblich beeinflussten. Einen hinreichenden Beleg dafür liefern die Befunde jedoch nicht, denn Abbildung 2 zeigt auch, dass die SPD parallel auf Landes- und Bundesebene an Zustimmung gewonnen zu

14 Vgl. *Harald Schoen / Hans Rattinger / Maria Preißinger / Konstantin Gavras / Markus Steinbrecher* (unter Mitarbeit von *Elena Werner*), *Election Campaigns and Voter Decision-Making in a Multi-Party System*, Baden-Baden 2017, S. 154.

15 Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind die Wahlabsichten auf Bundesebene für die kleineren Parteien nicht abgetragen. Analog zur Entwicklung der SPD-Anteilswerte verlor auch die AfD im Oktober sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene an Wählern, wobei der Rückgang in Niedersachsen stärker ausfiel.



haben scheint. Veränderungen in den Wahlabsichten zur Landtagswahl könnten also lediglich Spiegel bundespolitisch begründeter Entwicklungen sein, die nach der Bundestagswahl einsetzten.

Gegen diese Vermutung sprechen die in Tabelle 4 zusammengestellten Ergebnisse. Die Tabelle zeigt den Anteil der Befragten, die zum jeweiligen Erhebungszeitpunkt auf beiden politischen Ebenen dieselbe Partei zu wählen beabsichtigen, unterteilt nach der momentanen Wahlabsicht auf Landesebene. Nach Ende des Bundestagswahlkampfes sank der Anteil der Befragten, die auf Landes- und Bundesebene dasselbe Wahlverhalten an den Tag legten (oder legen wollten). Das Auseinanderlaufen von Land- und Bundestagswahlabsicht, das bei CDU, SPD, FDP und AfD zu beobachten ist, deutet auf zunehmend eigenständige Landeseinflüsse in den letzten Wochen der niedersächsischen Wahlkampagne hin.

Um der Frage nachzugehen, ob landesspezifische Faktoren während des Wahlkampfes zu Veränderungen des Wahlverhaltens führten, konzentrieren wir uns auf Einstellungen zu Spitzenkandidaten und Parteien.<sup>16</sup> Beruhen Wählerwanderungen während einer Landtagswahlkampagne tatsächlich auf genuin landespolitischen Faktoren, dann wäre zu erwarten, dass die Verschiebung in den Stimmenanteilen mit einer positiveren Bewertung der Landespartei oder ihres Spitzenkandidaten einhergeht, während veränderte Bewertungen von Bundesparteien und -politikern nicht ins Gewicht fallen. Abbildung 3 zeigt exemplarisch, wie sich die landes- und bundesbezogenen Einstellungen zu SPD und CDU unter den

16 Vgl. Angus Campbell / Philip E. Converse / Warren E. Miller / Donald E. Stokes, *The American Voter*, New York 1960. Vgl. speziell zu Landtagswahlen in Deutschland etwa Markus Klein / Dieter Ohr, *Bundestestwahlen oder Regionalwahlen? Eine empirische Analyse der nordrhein-westfälischen Landtagswahlen*, in: Kerstin Völkel / Kai-Uwe Schnapp / Everhard Holtmann / Oscar W. Gabriel (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 5), S. 219 – 238.

Tabelle 4: Identische Wahlabsicht auf Landes- und Bundesebene (in Prozent)

	17.8.-28.8.	4.9.-13.9.	18.9.-23.9.	27.9.-9.10.	16.10.-24.10.
CDU	91	89	90	89	81
SPD	84	80	83	80	72
FDP	85	81	82	75	65
Linke	82	74	72	63	67
AfD	87	88	83	87	76
Grüne	85	95	87	82	88

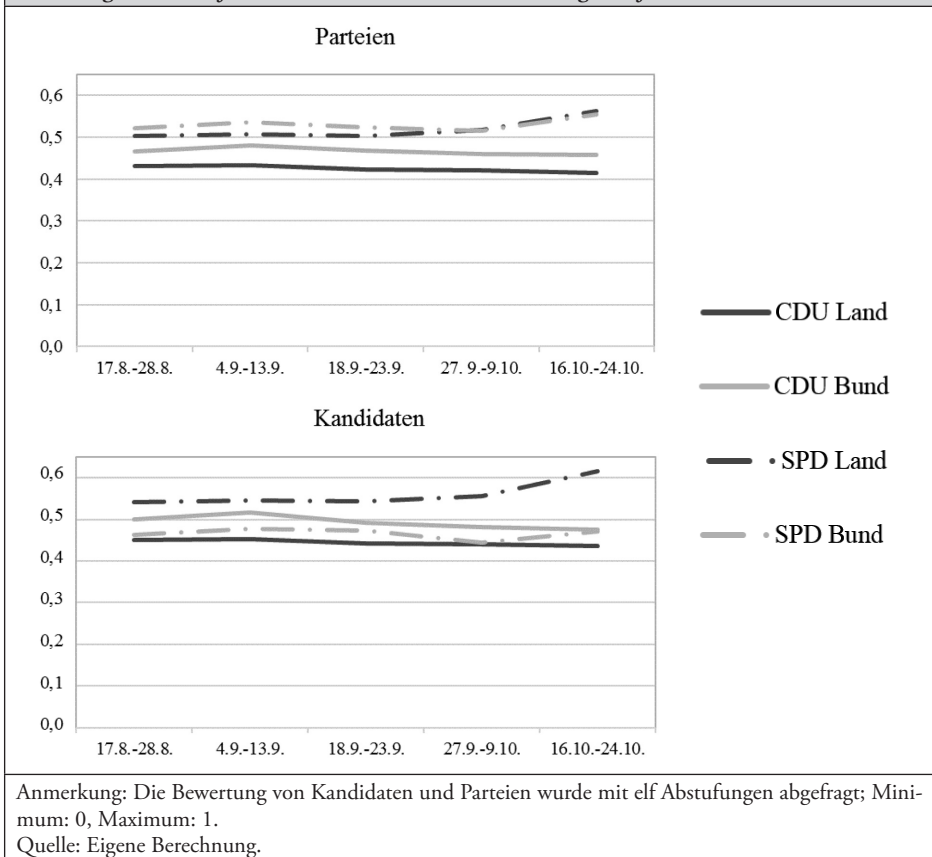
Anmerkung: Angegeben sind Prozentsätze der Wahlabsichten unterteilt nach Landtagswahlabsicht des Befragten.  
Quelle: Eigene Darstellung.

Befragten zwischen August und Oktober veränderten. Erstens verbesserten sich die Einstellungen gegenüber der niedersächsischen SPD ab Mitte September merklich. Während die CDU auf bereits niedrigem Niveau leicht an Zustimmung einbüßte, beurteilten die Befragten sowohl die Landes-SPD als auch ihren Spitzenmann von Woche zu Woche positiver. Vor allem *Weil* konnte in der Wahlkampfendphase punkten und sich deutlich von seinem christdemokratischen Kontrahenten *Althusmann* absetzen. Der SPD-Schlusspunkt in den Sonntagsfragen der letzten Wahlkampfwochen war also begleitet von einer deutlich wohlwollenderen Beurteilung des sozialdemokratischen Politikangebots auf der Landesebene. Abbildung 3 zeigt zweitens, dass die größer werdende Kluft zwischen den Beurteilungen von *Stephan Weil* und *Bernd Althusmann* nicht mit einer entsprechenden Entwicklung auf Bundesebene korrespondiert. Die Bewertungen von *Martin Schulz* und *Angela Merkel* blieben über den Oktober hinweg stabil. Zum Stimmenzuwachs der Landes-SPD in den letzten Wochen vor der Wahl kann somit ein Popularitätsgewinn von *Martin Schulz* schwerlich beigetragen haben, wohl aber einer von *Stephan Weil*.

Die vorgestellten Aggregatanalysen legen Trends in der gesamten Bevölkerung offen, verbergen aber möglicherweise Dynamiken auf individueller Ebene. Auf diese kommt es jedoch entscheidend an, will man den Gründen für Veränderungen im Wahlverhalten auf die Spur kommen. Um intra-individuellen Entwicklungen nachzugehen, wurden vier Wählertypen in Abhängigkeit vom Verlauf ihrer Parteiwahlabsichten im Wahlkampf unterschieden.<sup>17</sup> Als *loyaler Wähler* wird eingruppiert, wer bei jeder Befragung dieselbe Parteiwahlabsicht äußerte. *Schwankende Wähler* votierten in der Wahlkabine für die Partei, der sie auch zu Beginn des Wahlkampfes zugeneigt hatten; sie hatten während des Wahlkampfes aber mindestens einmal auch eine andere Partei präferiert oder hatten gar nicht abstimmen wollen. *Kristallisation* einer Wahlabsicht liegt vor, wenn Wähler zu Wahlkampfbeginn keine Wahlabsicht nennen konnten, sich bis zum Wahltag aber letztlich für eine Partei entschieden. *Parteiwechsler* wollten bereits zu Wahlkampfbeginn für eine bestimmte Partei votieren, wählten letztlich jedoch eine andere. Tabelle 5 zeigt die Häufigkeitsverteilung dieser Wählergruppen, unterteilt nach der endgültigen Wahlentscheidung der Befragten.

17 Vgl. Paul F. Lazarsfeld / Bernard Berelson / Hazel Gaudet, *The People's Choice. How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign*, New York 1944, S. 52, S. 66 ff.; Harald Schoen / Hans Rattinger / Maria Preißinger / Konstantin Gavras / Markus Steinbrecher, a.a.O. (Fn. 14), S. 129 f.

Abbildung 3: Verlauf der Partei- und Kandidatenbewertungen auf Bundes- und Landesebene



Hier zeigt sich eine bemerkenswerte Dynamik in den individuellen Meinungsbildungsprozessen vor der niedersächsischen Landtagswahl. Nur eine Minderheit der Wähler gab in jeder Befragungswelle stabile Wahlabsichten an, wobei Befragte, die letztlich FDP oder Grünen ihre Stimme gaben, im Wahlkampfverlauf eine besonders hohe Instabilität der Wahlneigung an den Tag legten.<sup>18</sup> Parteiwechsler sowie Wähler mit schwankenden Absichten, die zu Wahlkampfe Ende zur anfänglichen Wahlabsicht zurückfanden, sind unter den verschiedenen Parteien in ähnlichem Umfang vertreten, aber FDP und Linke konnten in höherem Maße Wahlberechtigte für sich gewinnen, deren Wahlabsicht sich erst im Zuge des Wahlkampfes herauskristallisierte. Diese Befunde stehen im Kontrast zu den geringen Verschiebungen der parteipolitischen Kräfteverhältnisse im Aggregat und unterstreichen, dass die verbreiteten Aggregatbetrachtungen die Dynamik der Meinungsbildung der Wahlberechtigten deutlich unterschätzen.

18 Dabei ist zu beachten, dass die Wahlabsicht der Befragten je nach Häufigkeit der Survey-Teilnahme nur an drei bis fünf Befragungszeitpunkten erhoben wurde und Schwankungen zwischen zwei Befragungswellen daher nicht erfasst werden. Daher ist der angegebene Anteil der loyalen Wähler eine Überschätzung der tatsächlichen Stabilität der Parteiwahlabsicht unter den Befragten.

**Tabelle 5: Entwicklungstypen der Parteiwahlabsicht nach endgültiger Wahlentscheidung (in Prozent)**

	Loyal	Schwankend	Kristallisation	Parteiwechsel	N
CDU	51	16	17	15	185
SPD	47	19	19	14	325
FDP	23	36	27	14	66
Linke	40	16	28	17	90
AfD	51	15	16	18	61
Grüne	34	27	20	20	82

Anmerkung: Zeilenprozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent sind Wähler anderer Parteien. Es wurden lediglich Befragte berücksichtigt, die an der Landtagswahl sowie an mindestens drei Befragungswellen einschließlich der Nachwahlbefragung teilgenommen haben.  
 Lesehilfe: 51 Prozent aller CDU-Wähler (185 Personen) gaben bei allen Befragungswellen durchgängig die CDU als Wahlabsicht an.  
 Quelle: Eigene Berechnung.

Da es um die Bedeutung landes- und bundespolitischer Faktoren für die Veränderungen von Wahlverhalten geht, war zu untersuchen, ob die als solche Faktoren identifizierten partei- und kandidatenbezogenen Einstellungen auf Landes- und Bundesebene unabhängig voneinander variieren. Sollten sich weder landes- noch bundesbezogene Einstellungen eines Wählers im Wahlkampfverlauf ändern, können diese Orientierungen keinen Wechsel in der Wahlabsicht verursacht haben. Wenn sich die Haltungen eines Wählers gegenüber einer Partei hingegen auf beiden Ebenen verbessern und der Wähler zugleich seine Wahlabsicht zugunsten dieser Partei wechselt, ist nicht eindeutig, ob diese Änderung ihren Ursprung in der Landes- oder Bundespolitik hat. Wenn sich aber die Haltung zu einer Landespartei und dessen Spitzenkandidaten im Wahlkampfverlauf deutlich verbessert, während die Bewertung der Bundespartei gleichbleibt oder sich merklich verschlechtert und der Befragte seine Wahlabsicht zugunsten dieser Partei wechselt, dann liegt die Vermutung nahe, dass landesbezogene Motive ausschlaggebend waren.

Um die Ähnlichkeit der Entwicklung von landes- und bundesbezogenen Einstellungen im Zeitverlauf zu untersuchen, wurde für jeden Befragten ermittelt, ob sich seine Haltung gegenüber einer Partei und deren Kandidaten über die fünf Befragungswellen hinweg verbesserte, verschlechterte oder stabil blieb. Der Vergleich der Befunde zu landes- und bundespolitischen Einstellungen ergab, ob die Einstellungsdynamiken auf Bundes- und Landesebene ähnlich oder unähnlich verliefen. Die in Tabelle 6 dargestellten Ergebnisse zeigen, dass sich nur unter einer Minderheit der Wähler die politischen Einstellungen auf beiden Ebenen in dieselbe Richtung entwickelten. Gleichläufige Entwicklungen in den Kandidatenbeurteilungen beider Ebenen sind bei einem Drittel der Befragten zu beobachten. Im Fall der parteibezogenen Haltungen kommen die Muster etwas häufiger vor. Bei höchstens zehn Prozent der Befragten blieben die Beurteilungen von Kandidaten und Parteien auf beiden Ebenen konstant. Mehrheitlich entwickelten sich landespolitische Einstellungen unabhängig von Haltungen zur Bundesebene. Verbessert sich beispielsweise die Bewertung des Spitzenpersonals einer Bundespartei, wird der Spitzenkandidat dieser Partei zur Landtagswahl nicht notwendigerweise besser beurteilt. Unähnliche Verläufe von landes- und bundesbezogenen Einstellungen finden sich dabei über alle Parteien hinweg in einer ähnlichen Größenordnung. Somit ist ein erhebliches Potential landesbezogener Einflüsse auf die Wahlentscheidungen des niedersächsischen Elektorsatz festzustellen.

Abschließend wird geprüft, ob die Veränderungen von landes- und bundespolitischen Einstellungen die Veränderungen von Wahlabsichten beeinflussen. Diese Analysen werden exemplarisch für die SPD-Wahl vorgenommen, da diese – wie eingangs gezeigt – einen besonders interessanten Fall darstellt. Dabei ist zu untersuchen, ob Befragte mit zunehmend positiven oder zunehmend negativen Einstellungsverläufen gegenüber der SPD auf Bundes- oder Landesebene in den von uns identifizierten Wählertypen besonders häufig vertreten sind. Die festgestellten Muster erlauben Aufschlüsse über die relativen Einflusstärken beider Ebenen auf das Wahlverhalten bei der niedersächsischen Landtagswahl.

In der Tat gehen Einstellungsveränderungen gegenüber der SPD mit Änderungen in den Wahlabsichten während des Landtagswahlkampfes einher, wobei Bewegungen in landespolitischen Haltungen stärker ins Gewicht fallen (siehe Abbildung 4). Bei loyalen SPD-Wählern können Einstellungsänderungen nicht als Ursache für Veränderungen der Wahlabsicht oder der endgültigen Wahlentscheidung dienen. Bei je etwa 60 Prozent loyaler SPD-Wähler, deren Einstellungen gegenüber der Landes-SPD und deren Spitzenkandidaten sich verbesserten, konnten diese Änderungen allenfalls bereits vorher gebildete Intentionen festigen. Zugleich gingen die bei etwa 20 Prozent der Befragten verschlechterten Einstellungen gegenüber Landespartei und *Stephan Weil* nicht mit einem Wechsel zu einer anderen Partei einher. Beinahe die Hälfte der loyalen SPD-Wähler blieb bei ihrer Wahlabsicht, obwohl sich ihr Bild vom Bundesvorsitzenden der SPD eintrübte. Offenkundig entfalteten diese bundespolitischen Einstellungsänderungen keine Wirkung auf die Landtagswahlentscheidung.

Hinsichtlich der Personen, die im Wahlkampfverlauf zur SPD fanden, ist festzuhalten, dass sich in der Mehrzahl der Fälle ihre Einstellungen gegenüber der Landespartei und deren Vorsitzendem im Laufe des Wahlkampfes verbesserten. Acht von zehn Wählern, die ohne konkrete Wahlabsicht in die Wahlkampfphase gingen und den Sozialdemokraten am Ende ihre Stimme gaben, waren der Landes-SPD und *Stephan Weil* mehr zugetan, als sie es zum Zeitpunkt der ersten Befragung waren. Auch schwankende und zwischen Parteien wechselnde

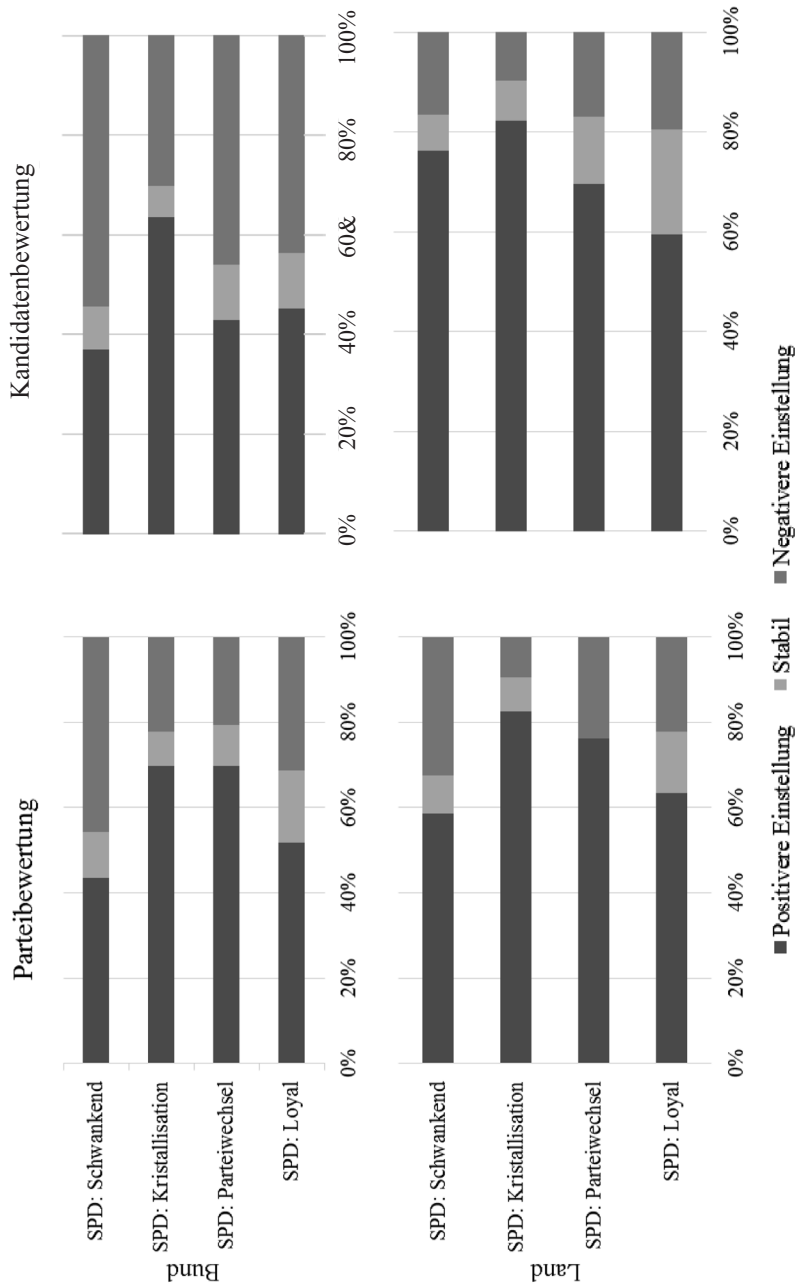
**Tabelle 6: Kongruenz der Einstellungsentwicklung auf Landes- und Bundesebene zwischen August und Oktober 2017 (in Prozent)**

	Kandidaten				Parteien			
	nicht-gleich-läufig	Bund und Land stabil	gleich-läufig	N	nicht-gleich-läufig	Bund und Land stabil	gleich-läufig	N
CDU	57	8	35	988	52	8	40	1.210
SPD	57	7	37	1.050	46	7	47	1.213
FDP	52	8	40	776	49	8	44	1.210
Grüne	56	9	35	744	49	7	44	1.212
Linke	58	10	32	701	–	–	–	–

Anmerkung: Für jeden Befragten wurde für die Entwicklung der jeweiligen politischen Einstellungen auf Landes- und Bundesebene über alle Wahlkampfwellen hinweg individuelle Steigungskoeffizienten berechnet, die miteinander verglichen wurden. Beispiel: Ein Befragter mit einem positiven Steigungskoeffizienten der CDU-Beurteilung auf Bundesebene, aber einem negativen Koeffizienten der CDU-Beurteilung auf Landesebene weist somit nicht gleichläufige Einstellungsentwicklung gegenüber der CDU auf. Die Veränderung der Einstellungen können für die Linke und für die AfD nicht angegeben werden, weil die Einstellungen zu den Landespartei- und -kandidaten nur in der Befragung nach der Landtagswahl erhoben wurden.

Quelle: Eigene Berechnung.

Abbildung 4: Zusammenhang von Veränderungen der Wahlabsicht und der Einstellungen gegenüber der SPD (in Prozent)



Anmerkung: Dargestellt sind Typen von SPD-Wählern in Abhängigkeit von der Entwicklung ihrer Wahlabsicht im Wahlkampfverlauf.  
Quelle: Eigene Berechnung.

de Wähler, die letztlich ihr Kreuz bei der SPD setzten, bewerteten die Landes-SPD und, in noch stärkerem Maße, deren Spitzenkandidaten besser. Hier könnten also die positiveren Bewertungen dazu beigetragen haben, dass letztlich die SPD gewählt wurde. Bei einigen Personen traten solche Einstellungsverbesserungen nicht auf, so dass schwerlich argumentiert werden kann, die betrachteten landespolitischen Faktoren hätten den Ausschlag für die SPD-Wahl gegeben. Bemerkenswerter erscheint jedoch, dass sich bei etlichen Personen, die im Laufe des Wahlkampfes zur SPD fanden, die Einstellungen zur Bundespartei, vor allem aber zu deren Vorsitzendem, verschlechterten. Besonders augenfällig wird dies beim Typ der Schwankenden. Jeweils rund die Hälfte dieser Personen gelangte im Laufe des Wahlkampfes zu einer Wahlentscheidung für die SPD, obgleich sie die Bundespartei und deren Vorsitzenden schlechter bewerteten. Offenbar blieben diese bundesbezogenen Einstellungsänderungen ohne Konsequenzen für die Landtagswahlentscheidung. Auch wenn es schwierig ist, Ursache-Wirkungsbeziehungen zu belegen, kann festgehalten werden, dass die Entwicklung bundespolitischer Einstellungen deutlich häufiger als jene landespolitischer Einstellungen ohne Wirkung auf die Wahlentscheidung zugunsten der SPD gewesen sein muss. Insgesamt deutet der Zusammenhang zwischen Einstellungsdynamiken und Wahlverhalten darauf hin, dass es der niedersächsischen SPD im Zuge des Wahlkampfes offenbar gelungen ist, zahlreiche Wähler in ihren Einstellungen zur Landespartei und ihrem Spitzenkandidaten freundlicher zu stimmen und so Wahlentscheidungen zu ihren Gunsten herbeizuführen.

Wie am Anfang dieses Abschnitts gezeigt, setzte der Meinungsumschwung zugunsten der SPD in den letzten Wochen vor der Wahl am 15. Oktober ein. Insofern liegt die Vermutung nahe, dass insbesondere unter den Spätentscheidern viele die Sozialdemokraten wählten, und dass gerade diese Wähler auch häufiger entsprechende Einstellungsveränderungen zugunsten der SPD aufwiesen. In der Tat konnte die Partei überproportional viele Stimmen unter Wechslern gewinnen, die in den letzten zwei Wahlkampfwochen noch anders abstimmten wollten.<sup>19</sup> 43,2 Prozent der Spätentscheider gaben letztlich den Sozialdemokraten ihre Stimme. 70 Prozent dieser spätentschlossenen SPD-Wähler wiederum beurteilten in den letzten Wahlkampfwochen den SPD-Spitzenkandidaten positiver, und 61 Prozent hatten ihre Meinung zur Landespartei verbessert.<sup>20</sup> Zusammengenommen legt die Analyse individueller Veränderungen von Einstellungen und Wahlabsichten nahe, dass es der SPD im Schlussspurt des Landtagswahlkampfes gelang, ein verbessertes Meinungsklima in einen Stimmenzuwachs umzumünzen und so die CDU auf den letzten Metern zu überholen.

#### 4. Landespolitische Einflüsse in den Wochen vor der Wahl

Die niedersächsische Landtagswahl 2017 fand drei Wochen nach der Bundestagswahl statt, also in deren Schatten. Selbst in diesem Fall sind deutliche landespolitische Einflüsse auf das Wahlergebnis erkennbar. Diese Schlussfolgerung stützt sich auf eine Reihe von Beob-

19 Von den 682 Befragten, die an den letzten beiden Panelwellen teilgenommen und jeweils eine Parteiwahlabsicht geäußert haben, wechselten 118 Personen (17,3 Prozent) ihre beabsichtigte Wahlentscheidung. Nichtwähler wurden nicht berücksichtigt.

20 Unter SPD-Entscheidern verbesserte sich die Einstellung gegenüber *Stephan Weil* um 0,18 und um 0,19 gegenüber der Niedersachsen-SPD, was auf einer von 0 bis 1 reichenden Skala bedeutende Verschiebungen anzeigt.

achtungen. Unabhängig von den Beurteilungen des politischen Spitzenpersonals gaben Wähler bei der Landtagswahl eher den Parteien – vor allem CDU, SPD und Grünen – die Stimme, deren Landesspitzenkandidaten sie positiver beurteilten. Zudem führte zumindest eine signifikante Wählerminderheit explizit landesspezifische Argumente – und dabei prominent die Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten – zur Begründung ihrer Wahlentscheidung ins Feld. Wie Wähler Personen und Parteien auf Landesebene beurteilen, spiegelt dabei nicht lediglich bundesbezogene Einstellungen wider. Im Zuge des Wahlkampfes haben viele Wähler ihre Ansichten zum politischen Angebot der niedersächsischen Parteien geändert, und zwar häufig unabhängig davon, wie sich ihre Einstellungen zu den Bundesparteien und deren Personal entwickelten. Veränderte Bewertungen von Landesparteien oder ihren Spitzenkandidaten gingen in einer Reihe von Fällen mit einem Wechsel der Wahlabsicht einher. Davon profitierte nicht zuletzt die niedersächsische SPD. Ihr Spitzenkandidat gewann in den letzten Wahlkampfwochen deutlich an Zustimmung; die SPD konnte so die CDU als stärkste Kraft ablösen und als Gewinner vom Feld gehen. Selbst im Schatten der Bundestagswahl scheint der Landtagswahlkampf das Verhalten der Wähler und den Ausgang der Wahl beeinflusst zu haben, ja sogar den Ausschlag dafür gegeben zu haben, dass die SPD die Nase vorn hatte.

Die Befunde zur niedersächsischen Landtagswahl 2017<sup>21</sup> deuten somit nicht nur darauf hin, dass der Wahlkampf überhaupt eine Wirkung entfaltete, sondern auch darauf, dass selbst im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit einer Bundestagswahl Landtagswahlkämpfe das Wählerverhalten beeinflussen können. Die Vorstellung, Landtagswahlen würden – zumindest in zeitlicher Nähe zu einer Bundestagswahl – von der Bundespolitik so sehr dominiert, dass die Wahlkampagnen der Landesparteien ohne Einfluss blieben, findet in diesem Fall keine Unterstützung. Die Ergebnisse nähren somit weitere Zweifel an der generellen Gültigkeit des Second-Order-Election-Modells zur Beschreibung von Landtagswahlen in Deutschland und, allgemeiner, Regionalwahlen.<sup>22</sup> Wie stets sollte man bei der Verallgemeinerung von Erkenntnissen aus einem Fall vorsichtig sein, nicht zuletzt deshalb, weil der niedersächsische Fall Eigenschaften aufweist – man denke etwa an den Fraktionswechsel der Abgeordneten *Elke Twisten* –, die eigenständige landespolitische Einflüsse begünstigen. Gleichwohl erscheint die ermutigende Folgerung naheliegend, dass politische Akteure mit geschickten – oder ungeschickten – Entscheidungen und Handlungen etwas bewirken und gelegentlich ein anfangs als unwahrscheinlich geltendes Wahlergebnis erzielen können.

21 Es sind einige methodische Einschränkungen zu berücksichtigen, die sich daraus ergeben, dass die untersuchte Stichprobe keine Zufallsstichprobe aus der niedersächsischen Wahlbevölkerung darstellt und höher gebildete sowie ältere Personen überrepräsentiert sind. Auch kann die Bereitschaft zur wiederholten Teilnahme an wahlbezogenen Befragungen mit Merkmalen wie dem politischen Interesse zusammenhängen. Schließlich kann die Teilnahme an mehreren Befragungswellen das Antwortverhalten beeinflussen. Diese Eigenschaften können die vorgestellten Befunde verzerren, ohne dass wir – mangels geeigneter Daten – dazu in der Lage wären, das Ausmaß dieser Verzerrungen zu beziffern.

22 Siehe zum Beispiel *Fred Cutler*, One Voter, Two First-Order Elections?, in: *Electoral Studies*, 27. Jg. (2008), H. 3, S. 492 – 504.